

Basel wehrt sich gegen höhere Studiengebühren für Ausländer

Nach Vorpreschen der Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) soll Schweizer Universitätskonferenz Stoppsignal setzen

TIMM EUGSTER, Zürich

Der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann sträubt sich auf nationaler Ebene gegen einen deutlich höheren Sondertarif für ausländische Studierende, wie ihn Zürich vorbereitet. In Basel aber dürfte der Grosse Rat heute von ihm verlangen, genau dies ebenfalls zu prüfen.

Höhere Gebühren speziell für ausländische Studierende – die Rede ist von rund tausend Franken zusätzlich pro Jahr – seien zumutbar, sagte die Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aeppli in der «NZZ am Sonntag» und stellte einen entsprechenden Antrag an die Regierung in Aussicht. Diese Aussage kommt für ihren Basler Kollegen Christoph Eymann zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Will er doch verhindern, dass ihm der Grosse Rat heute einen CVP-Vorstoss überweist, der ihn verpflichten würde, genau dies zu prüfen.

Die Basler Regierung wehrt sich gegen «diskriminierende Sondertarife für ausländische Studierende», so Joakim Rüegger, Leiter Hochschulen im Erziehungsdepartement. Dass die Zürcher Bildungsdirektorin vorprescht, ohne die geplante Grundsatzdiskussion in der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) abzuwarten, sorgt in Basel für Irritationen.

Eymann liess das Thema nun kurzfristig auf die Traktandenliste der nächsten SUK-Sitzung setzen. Ziel ist ein koordiniertes Vorgehen der Universitätskantone – also ein

Stoppsignal an Zürich. Zwar können die Kantone autonom handeln, doch «die SUK soll ja gerade für eine gewisse Harmonisierung sorgen und verhindern, dass ein grosser Kanton im Alleingang einen Systemwechsel einläutet», so der Baselbieter Erziehungsdirektor Urs Wüthrich. Auch er kritisiert den Zürcher Sololauf, will sich aber anders als Eymann in der Sache noch nicht festlegen: «Die Diskussion muss jetzt offen geführt werden.»

AUSTAUSCH BEHINDERT. Wohin diese führt, ist für Antonio Loprieno, Rektor der Universität Basel und Präsident der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, schon heute absehbar: «Wenn Zürich und der Bund mit der ETH in eine Richtung tendieren, haben sie gute Chancen, sich national durchzusetzen.» In diesem Sinne sei auch seine Aussage in der «NZZ am Sonntag» zu verstehen gewesen, wonach «die anderen Kantone Zürich folgen werden», präzisiert Loprieno gegenüber der BaZ: als Prognose, nicht als Wunsch.

Im Basler Erziehungsdepartement, beim nationalen Studierendenverband VSS wie dem Basler Ableger Skuba sorgen Loprienos Aussagen für Irritationen. Nun sagt Loprieno, das Zitat, er unterstütze höhere Gebühren für Ausländer inhaltlich, sei eine Verkürzung. Richtig sei, dass er im Sinne der Fairness ein gewisses Verständnis habe für die Forderung, dass ein Lörracher als symbolischer Akt einen gering-

fügig höheren Betrag zu bezahlen habe als ein Aargauer, dessen Kanton das Studium finanziert.

Doch für eine Universität wie Basel, welche die Kosten von gegen 60 Millionen Franken für ihre 20 Prozent ausländischen Studierenden nur zu einem minimalen Teil vom Bund zurückerstattet erhält, würde eine Erhöhung der Gebühren um tausend Franken praktisch nichts bringen, betont Loprieno – kostet ein Studium doch zwischen 13 000 und 55 000 Franken pro Jahr.

Die Gefahr sei aber, so Loprieno, dass ein solcher Schritt im Ausland als Diskriminierung missinterpretiert würde – und etwa Baden-Württemberg von Schweizer Studierenden als Retorsionsmassnahme ebenfalls höhere Beiträge verlangen könnte. Ein Szenario, das die Basler Studierendenorganisation Skuba fürchtet: «Der geförderte Austausch im Hochrheingebiet würde behindert», heisst es in einer Mitteilung. Auch für Loprieno überwiegen die Nachteile.

BUND SOLL ZAHLEN. Einig sind sich Basel und Zürich, dass der Bund stärker für ausländische Studierende aufkommen soll: Der Basler Nationalrat Peter Malama hat dazu eine mit Eymann, Aeppli und Loprieno abgesprochene Interpellation eingereicht und will je nach Antwort mit einer verbindlicheren Motion nachdoppeln.